

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD spricht nun Frau Dr. Pähle. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schöne bei Schule und auch bei Lehrern ist: Jeder kann mitreden.

(Zustimmung bei der SPD)

Zumindest glaubt es jeder, weil die eigene Schulerfahrung vielleicht länger oder noch nicht so lange zurückliegt oder weil man vielleicht Kinder oder Enkelkinder in der Schule hat. Das prägt natürlich auch die Diskussion.

Herr Dr. Thiel hat sehr umfänglich berichtet, wie sehr der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft um dieses Thema gekämpft hat. Warum hat er so intensiv gekämpft? - Weil unterschiedlichste Anträge im Verfahren waren. Das gehört, Herr Lange, zur Wahrheit dazu.

Neben dem vorliegenden Antrag der LINKEN, der heute zum Beschluss kommt, gab es einen vorhergehenden Antrag zur ersten Phase der Lehramtsausbildung, der von den GRÜNEN gestellt wurde, und einen Antrag zur zweiten Phase der Lehramtsausbildung von den Koalitionsfraktionen.

Daraufhin gab es eine Anhörung, ein großes Fachgespräch in beiden Ausschüssen. Im Ergebnis dessen - dabei will ich Ihnen überhaupt nicht die Ehre abschneiden - kam es zu einer Weiterentwicklung des Studiums im Lehramt.

Dann kam uns - wie soll ich das am besten formulieren? - der ganze Hochschulstrukturprozess in die Quere und die Diskussion über Zielvereinbarungen und die Frage, was man in diese hineinverhandeln bzw. nicht hineinverhandeln kann.

Ich gebe offen zu: Es war gerade Punkt 3, der in der ersten Beschlussempfehlung, die der Ausschuss von den Koalitionsfraktionen bekommen hat, anders hieß. Darin wollten auch wir im ersten Moment, dass wir uns darauf besinnen, dass die Lehrer im Land ausgebildet werden sollen. Alle, die wir hier brauchen, sollen hier ausgebildet werden.

In der gesamten Diskussion über Zielvereinbarungen und Hochschulstruktur haben dann die Koalitionsfraktionen einen Kompromiss gefunden. Ich glaube, dieser Kompromiss besagt nichts anderes, als dass wir heute nicht wissen, wie die Strukturen in der Hochschullandschaft in fünf oder zehn Jahren aussehen. Wenn in fünf oder zehn Jahren andere Antworten gefragt sind, dann muss man vielleicht in der jetzigen Zielvereinbarungsperiode auch schon über Kooperationen sprechen dürfen. - Nichts anderes besagt dieser Punkt.

Ich bin, auch wenn es zu diesem Punkt noch einmal Diskussionen gab, sehr froh darüber, dass Punkt 1 Buchstabe e in der Beschlussempfehlung enthalten ist, der darauf abzielt, dass wir etwas gegen eine hohe Anzahl von Studierenden tun müssen, die das Lehramtsstudium nicht abschließen. Die Abbrecherquote ist in diesem Bereich einfach viel zu hoch. Wir alle wissen, dass wir gute Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen brauchen; denn an den Schulen nützt eine gute Infrastruktur oder ein gutes IT-System nichts, wenn es niemanden gibt, der den Schülerinnen und Schülern die Inhalte gut vermitteln kann.

Worum geht es bei dem Ziel der Praktika vor dem Studium? Was streiten wir in anderen Zusammenhängen um Studien- und Berufsorientierung. Was tun wir nicht, damit auch die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien, wenn sie das Abitur in der Tasche haben, eine Ahnung davon bekommen, was es heißt, ein bestimmtes Fach zu studieren.

In diesem Bereich, gerade bei angehenden Lehrern - ich habe es in Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern selbst erlebt -, gibt es oft immer noch die Vorstellung: „Das ist nicht so schwer, das sehe ich jeden Tag in meiner Schule und außerdem habe ich auch relativ viel Freizeit.“ Das ist ein Bild des Lehrerberufs, das man aktiv bekämpfen muss.

(Zustimmung)

Es ist ein anspruchsvoller Beruf, ein Beruf für jene, die sich für Kinder einsetzen wollen, die sich engagieren wollen, die Wissen vermitteln und auch darüber hinaus pädagogisch tätig sein wollen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Bis jetzt alles richtig!)

In diesem Moment ein Praktikum anzubieten - hier steht an keiner Stelle, dass es zum Ausschluss führen soll, wenn man es nicht absolviert -, damit die Studienanfänger wissen, worauf sie sich einlassen, halte ich für richtig, wenn nicht sogar für zwingend.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine allerletzte Bemerkung, weil mir die Zeit davonläuft. Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir festzustellen, dass die Beratungen zu diesem Antrag wie auch zu den anderen Lehramtsanträgen - zumindest für mich - eines gezeigt haben: Die Aufteilung der Bildung in zwei unterschiedliche Ressorts ist für die fachliche und inhaltliche Diskussion nicht zielführend.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Was haben wir uns über Inhalte an unterschiedlichen Stellen argumentativ auseinandergesetzt.

Was haben sich die Ministerien an verschiedenen Stellen inhaltlich miteinander in Diskussionen gegeben. Auch dies verlängert Prozesse. All dies wäre auch schneller möglich gewesen.

Deshalb hoffe ich ganz persönlich, dass man an diesem Zustand etwas ändern kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Frau Prof. Dalbert hat sich gemeldet und ist nun an der Reihe.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Danke, Herr Präsident. - Ich habe mich nur gemeldet, um mittels einer Intervention noch einmal klarzustellen: Auch ich bin davon überzeugt, dass der Lehrerberuf ein anspruchsvoller Beruf ist. Ich gehe auch mit, dass wir ein Problem bei der Berufswahl haben. Das war eines meiner Forschungsthemen, dass der Lehrerberuf durchaus aus Motivationen gewählt wird, die nicht immer hilfreich sind.

Aber ich glaube, dass ein Testverfahren - das Ausfüllen von Fragebögen oder ähnliche vergleichbare Dinge - hierbei nicht hilfreich ist. Deshalb hat meine Fraktion den Antrag eingebracht, ab der 5. Klasse systematisch eine bessere Berufs- und Studienorientierung einzuführen. Ich denke, dort gehört das hin, und nicht in irgendeinen Test, den ich dann vor dem Studium am Computer durchführe. Das ist, glaube ich, die Differenz. Aber sonst sind wir dabei sehr nah beieinander.

#### **Frau Dr. Pähle (SPD):**

Die Differenz, Frau Kollegin Dalbert, ist gar nicht so groß. In der Beschlussempfehlung heißt es explizit:

„Deshalb soll geprüft werden, inwieweit im Verlaufe der Zielvereinbarungsperiode 2014 bis 2019 Praktika - mit dem Ziel der Berufs- erkundung und Eignungsprüfung - vor Beginn des Lehramtsstudiums angeboten werden können.“

(Herr Borgwardt, CDU: Genau so!)

Ich glaube, ein Praktikum im Sinne von „tatsächlich mal erleben“ ist einfach eine Möglichkeit. Es gibt auch in anderen Bereichen Vorkurse - nennen wir es einfach so; die Hochschule Merseburg macht das relativ intensiv -, um den Studierenden schon vor dem Studium einen Einblick zu geben: Was erwartet dich? - Ich denke, der Lehrerberuf wäre dafür auch geeignet, um einen Eindruck zu vermitteln, was einen Lehrer ausmacht.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Nun ist die Martin-Luther-Universität voll am Ball. Jetzt wieder Frau Professor Dalbert, danach Herr Lange.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Mir geht es nicht um die Martin-Luther-Universität. Mir geht es um eine Vorstellung, wie man ein Lehramtsstudium attraktiv gestalten kann. Ich sage sehr deutlich: Ein Praktikum nach der Erlangung der Hochschulreife und vor dem Beginn des Studiums halte ich für den falschen Weg, weil das Nebeneffekte produziert, die wir nicht haben wollen. Wir müssen mit Studienfächern konkurrieren, bei denen die Studierenden das nicht machen müssen, und wir wollen die besten Köpfe haben.

Ich erinnere daran, dass wir beispielsweise den Antrag eingebracht haben, das Freiwillige Soziale Jahr stärker für den Bereich Bildung und Wissenschaft zu öffnen. In Sachsen wird das gemacht. Dort kann man in einem Freiwilligen Sozialen Jahr beispielsweise auch in die Schulen gehen. In der Berufsorientierung in den Schulen können sie ebenfalls solche Praktika durchführen.

Ich habe gar nichts gegen Praktika. Aber ich glaube, dass wir uns im Werben um die besten Köpfe keinen Gefallen tun, vor der Aufnahme des Studiums Hürden einzuführen.

#### **Frau Dr. Pähle (SPD):**

Frau Kollegin Dalbert, ja, hierzu gibt es unterschiedliche Ansichten. Das ist so. Damit kann man umgehen. Das ist auch nicht weiter schlimm.

Der Beruf des Mediziners gehört, glaube ich, zu einem der attraktivsten Berufe, der noch immer häufig gewählt wird. Auch dort muss man trotz des Abiturs einen medizinischen Eignungstest durchführen. Das hält die Studierenden nicht davon ab, dieses Studium zu wählen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ich glaube, der ist abgeschlossen! - Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Den gibt es nicht mehr!)

- Der Medizinertest muss weiter gemacht werden.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich habe in meiner Sprechstunde junge Frauen gehabt, die gern den Medizinertest bzw. die Prüfung ablegen wollten und mit einem schlechten Ergebnis abgewiesen wurden. Sie haben, ich möchte nicht sagen, Rotz und Wasser geheult. Aber zwischen dem Abiturzeugnis in der Tasche und dem Medizinstudium liegen noch Dinge dazwischen. Aber sei es drum. Wir sollten darüber vielleicht an anderer Stelle diskutieren.

Hier gibt es einfach einen Dissens: Was macht ein Studium oder einen Beruf attraktiv? - Ich glaube

nicht, dass es das Ausbleiben vorheriger Informationspraktika ist, was ein Studium attraktiv macht oder nicht. An dieser Stelle sollten wir lieber etwas dafür tun, wenn es darum geht, die Besten zu gewinnen, den Lehrerberuf insgesamt aufzuwerten und ihn auch in der Öffentlichkeit besser darzustellen. Ich denke, das würde schon sehr viel helfen.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Lange, Sie halten an Ihrer Wortmeldung fest? - Nein, das tun Sie nicht. Somit kann Frau Dr. Pähle vom Pulte schreiten und wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/3972 zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit hat die Beschlussempfehlung eine Mehrheit gefunden und wir haben den Tagesordnungspunkt 10 beendet.

**Präsident Herr Gürth:**

Wir fahren mit dem **Tagesordnungspunkt 11** fort:

Zweite Beratung

**Kinder und Jugendliche als Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen - Beteiligung stärken**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2211**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit und Soziales - **Drs. 6/3984**

Für die Berichterstattung erteile ich der Abgeordneten Frau Lüddemann das Wort.

**Frau Lüddemann, Berichterstatterin des Ausschusses Arbeit und Soziales:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Berichterstattung des Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Kinder und Jugendliche als Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen“ in der Drs. 6/2211 vor.

Dieser Antrag wurde in der 48. Sitzung des Landtags am 11. Juli 2013 zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Mitberatend war der Ausschuss für Inneres und Sport.

Intention des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war, das festgeschriebene Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung in unserem Bundesland, insbesondere auf kommunaler Ebene, zu stärken und umzusetzen, was

auch die Einbeziehung bei allen sie betreffenden Entscheidungen beinhaltet. Mit dem Antrag sollten dafür entscheidende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales befasste sich in der 35. Sitzung am 4. Dezember 2013 erstmals mit dem Antrag. Hier wurden zunächst Verfahrensfragen besprochen. Schließlich wurde mit 9:0:1 Stimmen beschlossen, den Antrag im Zusammenhang mit dem zeitgleich vom Landtag überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Drs. 6/2216 zu beraten, welcher federführend in den Innenausschuss und mitberatend in den Sozialausschuss und den Ausschuss für Finanzen überwiesen wurde.

Über das weitere Verfahren sollte entschieden werden, nachdem der beim Gesetzentwurf in der Drs. 6/2216 federführende Innenausschuss dazu seine vorläufige Beschlussempfehlung vorgelegt hat.

Der in dieser Sitzung des Sozialausschusses von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterbreitete Vorschlag, gemeinsam mit dem Innenausschuss eine Anhörung zu den beiden Beratungsgegenständen durchzuführen, also zu dem Antrag und zu dem Gesetzentwurf, insbesondere zu den Bereichen der Jugendhilfe und der Stärkung der Kinder- und Jugendrechte, wurde nicht weiter verfolgt.

Die nächste Befassung mit dem Antrag in der Drs. 6/2211 fand in der 47. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 5. November 2014 statt. Hierzu lagen dem Ausschuss von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von den Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ein Entwurf einer vorläufigen Beschlussempfehlung vor.

Während die Koalitionsfraktionen den Antrag im Hinblick auf den sich damals in der Beratung befindlichen Gesetzentwurf zur Parlamentsreform 2014 als erledigt betrachteten, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Projekt des Kinder- und Jugendrings „Jugend und Impulse“ als einen Punkt des Ursprungsantrages im Entwurf ihrer vorläufigen Beschlussempfehlung umfassender inhaltlich untersetzt. Hierbei geht es um die Förderung von sogenannten Mikroprojekten.

Die Koalitionsfraktionen lehnten jedoch die Aufnahme von Mikroprojekten in die vorläufige Beschlussempfehlung ab. Sie plädierten für den Hinweis auf die Parlamentsreform, weil in diesem Rahmen die Kinderrechte in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt aufgenommen würden.

Im Ergebnis seiner Beratung am 5. November 2014 verabschiedete der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit 6:5:0 Stimmen die vorläufige Beschlussempfehlung mit dem Inhalt, den Antrag für